

# DER KAMPF UM MENSCHENRECHTE UND UMWELTSCHUTZ

VON MAIKE ADAMS

## WORUM ES GEHT

**M**enschenrechte spielen im globalen Handel eine große Rolle. Viele Produkte, die wir im Alltag nutzen, kommen aus Ländern, die weit weg von Europa sind. Auf dem Weg vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt sind zahlreiche Unternehmen beteiligt. Deshalb entstehen oft große Probleme. Berichte von Arbeiter\*innen vor Ort und katastrophale Unfälle in den letzten Jahren zeigen, dass **bei der Herstellung von Produkten oft Menschenrechte verletzt werden und die Umwelt zerstört wird**. Dabei haben viele Unternehmen seit langem versprochen, sich freiwillig an Regeln zu halten - damit so etwas nicht passiert. **Die bestehenden Probleme zeigen, dass Gesetze nötig sind. Freiwillige Regeln reichen nicht.**

In der öffentlichen Diskussion geht es bei diesen Gesetzen oft um Kosten, extra Arbeitsaufwand und Bürokratie. Eigentlich geht es jedoch darum, ob Unternehmen Verantwortung für die Auswirkung ihrer Produkte auch in den Ländern übernehmen, in denen sie produziert werden. Es geht darum, ob Menschen vor Ausbeutung geschützt werden. Und es geht darum, ob die Natur durch wirtschaftliches Handeln weiter zerstört wird oder nicht.

Viele Menschen denken beim Einkaufen nur an das fertige Produkt im Laden. Dabei stehen hinter einem Produkt oft viele Stationen in unterschiedlichen Ländern. Rohstoffe werden ge-

wonnen, Stoffe werden verarbeitet, Teile werden gebaut, Ware wird transportiert, verkauft und genutzt. Wenn an einer Stelle dieser Lieferkette Gewalt an Arbeiter\*innen, Lohnbetrug oder Umweltzerstörung vorkommen, ist das ganze Produkt damit verbunden. Dann kann durch den Kauf eines Produktes hier in Deutschland zum Beispiel Zwangsarbeit in einem weit entfernten Steinbruch oder illegale Ausbeutung auf europäischen Feldern unwissentlich unterstützt werden. Genau deshalb sind Regeln für Lieferketten so wichtig.

**Die Betroffenen leben oft weit weg von Europa.** Sie arbeiten zum Beispiel auf Plantagen, in Minen oder in Fabriken auf anderen Kontinenten. Sie haben oft wenig Schutz, da Gesetze fehlen oder große, internationale Unternehmen diese nicht beachten. Oft kennen die Arbeiter\*innen die großen Marken in Europa, für die sie produzieren, nicht einmal. Trotzdem **beeinflussen europäische Unternehmen über ihre Aufträge, ihre Preise und ihre Verträge stark die Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Arbeiter\*innen**. Die europäischen Unternehmen sind deshalb mit dafür verantwortlich, ob sich die Arbeiter\*innen genug zu essen, die Schule für ihre Kinder oder einen Arzt leisten können. Deshalb stehen nicht nur Staaten, sondern auch Unternehmen in der Pflicht, für die Einhaltung der Menschenrechte zu sorgen.

# RÜCKBLICK

**Lange Zeit setzte die Politik vor allem auf Freiwilligkeit.** Unternehmen sollten sich selbst Regeln geben und auf Menschenrechte achten. Es gab Berichte, Leitlinien, Überprüfungen und viele freiwillige Versprechen. Es zeigte sich aber, dass das oft nicht genug war. Viele Missstände blieben bestehen. **Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Umweltzerstörung wie die Abholzung von Wäldern gingen weiter.**

Das zeigt, dass freiwillige Regeln zu schwach sind. Wenn Unternehmen selbst entscheiden, wie ernst sie ihre Verantwortung nehmen, machen außerdem nicht alle gleich viel. Einige Unternehmen handeln, andere machen kaum etwas. Dazu kommt: Wer billig produzieren will, spart oft zuerst bei Löhnen, Sicherheit und Umwelt.

Die Regeln, die es schon länger in dem Bereich gibt, sind wichtig, aber sie verpflichten Unter-

nehmen noch nicht stark genug. Dabei gibt es das internationale Arbeitsrecht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die ILO gehört zu den Vereinten Nationen. Fast alle Staaten der Welt sind dort Mitglied. Das Arbeitsrecht der ILO soll soziale Gerechtigkeit fördern und menschenwürdige Arbeitsbedingungen weltweit gewährleisten. Das bedeutet, fast überall auf der Welt sind Zwangs- und Kinderarbeit sowie Diskriminierung verboten. Auch gelten Vereinigungsfreiheit und der Schutz von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz. Es mangelt aber an der Umsetzung dieses internationalen Arbeitsrechts in nationale Gesetze.

Als Wendepunkt wurden die von den Vereinten Nationen erarbeiteten Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte aus dem Jahr 2011 angesehen. Ihre Kernaussage ist: Staaten sollen Menschen schützen, Unternehmen sollen Menschenrechte achten und Betroffene sollen Hilfe bekommen. Diese Leitprinzipien der Vereinten Nationen sind ein Fortschritt. Sie schaffen noch keine verbindlichen Pflichten, aber sie geben eine klare Richtung. Unternehmen sollen Risiken prüfen und Schäden vermeiden; eingreifen, wenn Probleme entstehen; für Abhilfe sorgen, wenn sie Arbeitsrechte verletzt oder Umweltschäden verursacht haben.

Menschenrechtsorganisationen sahen darin den Beginn einer neuen Phase: Aus freiwilliger Verantwortung wird langsam verbindliche Pflicht. Trotzdem vergingen danach viele Jahre, bis Staaten und die Europäische Union dann auch Gesetze machten. **Erst mit wachsendem öffentlichem Druck, mit Berichten über schwere Unfälle und mit Kritik von Zivilgesellschaft<sup>1</sup> und Gewerkschaften kam Bewegung in die Politik.** Der Einsturz des Fabrikgebäudes Rana Plaza in Bangladesch im Jahr 2013 mit vielen Toten und andere Katastrophen machten deutlich, wie gefährlich schlechte Arbeits- und Sicherheitsstandards sind.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Wirtschaft global handelt. Wenn ein Staat strengere Regeln oder höhere Löhne beschließt, können sie einfach in einem anderen Land mit günstigeren Konditionen einkaufen. Deshalb kann ein Staat allein große Unternehmen schwer kontrollieren. Es braucht multinationale, am besten globale Regeln. Sonst wandern Probleme einfach von einem Land ins nächste.

## DIE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen\* beschlossen. Sie gilt für alle Menschen weltweit gleichermaßen. Die Erklärung ist wichtig, weil sie gemeinsame Regeln setzt. Sie ist nicht verpflichtend für Staaten, aber sie ist bis heute die wichtigste Grundlage für den weltweiten Schutz der Menschenrechte. Viele spätere Menschenrechtsverträge bauen auf ihr auf.

In ihr ist festgehalten:

- ▶ Alle Menschen sind gleich an Würde und Rechten.
- ▶ Alle haben das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit.
- ▶ Alle sollen vor Sklaverei, Folter und Diskriminierung geschützt werden.
- ▶ Alle haben das Recht auf Arbeit, Bildung, Gesundheit und einen angemessenen Lebensstandard.

Quellen: UNRIC

\* Die „Vereinten Nationen“ sind eine Organisation, die sich aus 193 Staaten zusammensetzt. Sie wurde 1945 gegründet, um internationalen Frieden und Sicherheit zu fördern, Menschenrechte zu schützen und die Zusammenarbeit zwischen Staaten zu stärken.

<sup>1</sup> Mit „Zivilgesellschaft“ sind Bürger\*innen in Vereinen, Nicht-Regierungsorganisationen, sozialen Bewegungen oder Initiativen gemeint. Die Zivilgesellschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Demokratie, weil sie unabhängig und für das Wohl der Gemeinschaft handelt. Sie engagiert sich im Sport, leistet soziale Arbeit oder bringt Anliegen aus der Gesellschaft in politische Prozesse ein.

# WARUM REGELN NÖTIG SIND

**Gesetzliche Regeln sind wichtig. Ohne sie stehen Menschenrechte oft nur auf dem Papier.** In manchen Ländern gibt es zwar Arbeitsrechte oder Umweltrechte. Doch diese Regeln werden oft nicht gut genug kontrolliert. In anderen Ländern fehlen sie ganz oder werden kaum durchgesetzt. Dann entstehen rechtliche Lücken, die große Unternehmen ausnutzen können.

Dazu kommt: **Lieferketten sind oft unübersichtlich.** Ein Unternehmen bestellt nicht direkt bei der Mine oder der Farm. Es arbeitet mit vielen Zwischenhändlern, Zulieferern und Unterauftragnehmern. So wird schwer sichtbar, wo genau Probleme entstehen. **Deshalb ist es wichtig, dass Unternehmen nicht nur auf ihren direkten Lieferanten schauen.** Sie müssen **die ganze Lieferkette im Blick behalten.**

**LIEFERKETTE**

Das Wort umfasst alle Stationen, die von der Gewinnung der Rohstoffe bis hin zum Kauf eines Produktes durch Kund\*innen nötig sind. Vom Feld oder einer Mine werden Rohstoffe zur Weiterverarbeitung in Fabriken transportiert. Die dort hergestellten Produkte werden dann bis in den Laden hier in Deutschland befördert, benutzt und dann entsorgt. Die Grafik zeigt das am Beispiel der textilen Kette.

mit Kosten rechnen, wenn z.B. in einem Auto minderwertige Metalle verarbeitet wurden und Teile noch in der Garantiezeit kaputt gehen, oder wenn sie Lebensmittel auf Grund von zu vielen Pestiziden zurückrufen müssen. Wenn sie für die Qualität und die Gesundheit der Konsument\*innen ihre Lieferkette durchleuchten können, sollte es selbstverständlich sein, das auch für die Einhaltung von Menschenrechten zu machen!

Auch Preise spielen eine große Rolle. Wenn Auftraggeber\*innen sehr niedrige Preise verlangen, entsteht Druck auf die Zulieferer. Diese sparen dann bei Löhnen, Sicherheit oder Umweltauflagen. So kommen schlechte Arbeitsbedingungen nicht zufällig zustande.

Aufgrund von Preisdruck wird oft auch die Umwelt verschmutzt. Es ist billiger, verwendete Chemikalien einfach in den nächsten Fluss zu leiten, statt sie korrekt zu entsorgen. Es ist auch teurer, Bäume anzupflanzen und viele Jahre zu warten, bis ihr Holz verarbeitet werden kann, statt alte Wälder abzuholzen. Allerdings spart man so nur kurzfristig Geld – und nur das Unternehmen selbst. Langfristig entstehen bei Umweltschäden oft deutlich höhere Kosten für die gesamte Gesellschaft. Deshalb braucht es auch hier Regeln, damit private Gewinne nicht auf Kosten der Gesellschaft gehen.

**Deutschland und die EU haben in den letzten Jahren wichtige Schritte unternommen, um Regeln und Gesetze für Lieferketten zu formulieren.** Wir nennen euch drei Beispiele: das deutsche Lieferkettengesetz, die EU-Zwangsarbeitsverordnung und die EU-Entwaldungsverordnung.

Wegen der Qualität der Produkte oder der Gesundheit der Verbraucher\*innen haben Unternehmen ihre Lieferkette oft bereits im Blick. Sie müssen

GRAFIK: DIE TEXTILE LIEFERKETTE



# DAS LIEFERKETTENGESETZ

In Deutschland gibt es seit dem Jahr 2021 ein Gesetz mit einem sehr langen Namen: **das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)**. Mit „Sorgfaltspflichten“ ist gemeint, dass Unternehmen Verantwortung für menschenrechtliche Risiken in ihrer Lieferkette übernehmen müssen. **Das Gesetz legt Pflichten für Unternehmen fest, etwa die Achtung der Menschenrechte in der gesamten Lieferkette und mögliche Strafen bei Verstößen.** Das ist ein wichtiger Schritt für den Schutz von Menschenrechten.

Die betroffenen Unternehmen müssen:

- ▶ sich schriftlich zu Menschenrechten bekennen;
- ▶ Risiken in ihrer Lieferkette prüfen;
- ▶ im Unternehmen Zuständigkeiten für Menschenrechte in der Lieferkette festlegen;
- ▶ Maßnahmen planen, um Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden zu verhindern;
- ▶ handeln, wenn Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden entstanden sind;
- ▶ einen Beschwerdeweg für Betroffene einrichten;
- ▶ öffentlich über diese Aktivitäten berichten.

Das ist ein **wichtiger Fortschritt**. Statt Unternehmen nur zu bitten, fair zu handeln, sind sie nun dazu verpflichtet. Statt freiwilliger Regeln gibt es jetzt eine Pflicht mit staatlicher Kontrolle und möglichen Strafen.

**Trotzdem hat das Gesetz Schwächen. Erstens gilt das Gesetz für zu wenige Unternehmen.** Unternehmen mit weniger als 1.000 Mitarbeitenden fallen nicht darunter. Dabei arbeiten zahlreiche kleinere und mittlere Betriebe in Branchen mit hohen Risiken, wie z.B. in der Schuh- und Lederindustrie oder in der Verarbeitung von Rohstoffen aus dem Bergbau. Dort kann es zu schweren Menschenrechtsverletzungen kommen. Das Gesetz erfasst durch die Beschränkung auf große Unternehmen viele wichtige Fälle nicht.

**Zweitens gelten die meisten Pflichten nur für das eigene Unternehmen und die direkten Lieferanten.** Sie bestehen also zum Beispiel für den BekleidungsHersteller einer europäischen Modemarke. Sie gelten nicht für die Zulieferer der eigenen Lieferanten, beispielsweise die Weberei. Dort müssen Unternehmen nur handeln, wenn sie konkrete Hinweise auf Probleme haben. Das ist zu wenig. Denn viele schwere Menschenrechtsverletzungen entstehen gerade am Anfang der Lieferkette, also mehrere Stationen vor dem deutschen Markt und oft tausende Kilometer entfernt. Klar ist: Wer erst handelt, wenn ein Problem schon bekannt ist, kommt oft zu spät. Gute Vorbeugung be-

deutet, früh zu schauen und früh zu reagieren. Das Gesetz hilft hier nur begrenzt.

**Drittens fehlt im Gesetz eine starke zivilrechtliche Haftung.** Zivilrechtliche Haftung bedeutet, dass Unternehmen bei entstandenen Schäden für diese aufkommen müssen. Ohne eine solche Haftung haben Betroffene es schwer, vor Gericht zu gehen und von Unternehmen Schadenersatz zum Beispiel für Arbeitsunfälle oder Zwangsarbeit zu verlangen. Für die Betroffenen ist das ein großes Hindernis. Menschen, die sich gegen große Unternehmen stellen, brauchen Geld, Zeit und Schutz.

Doch das alles fehlt ihnen meistens:

- ▶ Sie haben kaum genug Geld zum Überleben – geschweige denn, für Anwalts- oder Gerichtskosten.
- ▶ Sie haben kaum Zeit, da sie oft unglaublich lange Arbeitszeiten leisten.
- ▶ Sie haben kaum Schutz vor Kündigung oder Gewalt. Dabei gibt es immer wieder Fälle, bei denen Menschen entlassen werden oder Gewalt erleiden, wenn sie zum Beispiel ihren Lohn einfordern. Auch ist ein Verlust der Arbeitsstelle existenzbedrohend.

**Viertens ist der Finanzsektor weitgehend ausgenommen.** Das ist ein weiterer Schwachpunkt. Denn Banken und Investoren haben großen Einfluss auf Unternehmen. Mit ihren Investitionen können sie indirekt Menschenrechts- und Umweltstandards stärken oder schwächen.

## DIE BEDEUTUNG DES LIEFERKETTENGESETZES

Das Lieferkettengesetz ist wichtig, weil es das Denken verändert. Es zeigt, dass Staaten Unternehmen nicht nur bitten, sondern verpflichten können. Es schafft mehr Aufmerksamkeit für Risiken in Lieferketten und bringt Menschenrechte in den Unternehmensalltag. Das Gesetz ist deshalb ein guter Start, auch wenn es noch keine Lösung für alle Probleme ist. Betroffenen kann das Gesetz helfen, Probleme sichtbar zu machen. Für Unternehmen bedeutet es mehr Prüfungen, mehr Verantwortung und mehr Dokumentation. Für die Öffentlichkeit ist es ein Signal, dass Lieferketten nicht unsichtbar bleiben dürfen. Trotzdem bleibt der Schutz lückig, solange nur wenige Unternehmen das Gesetz einhalten müssen und die Haftung schwach bleibt.

# EUROPÄISCHE ZWANGSARBEITSVERORDNUNG

Die europäische Zwangsarbeitsverordnung richtet sich gegen Produkte, die mit Zwangsarbeit hergestellt werden. **Zwangsarbeit ist eine schwere Menschenrechtsverletzung.** Sie bedeutet, dass Menschen zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden. Manchmal werden sie bedroht, eingesperrt, werden in Schulden getrieben oder auf andere Weise unter Druck gesetzt.

## MERKMALE VON ZWANGSARBEIT

Um Zwangsarbeit zu identifizieren, hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) eine Reihe von Merkmalen formuliert, die auf Zwangsarbeit hindeuten. Liegen einer oder mehrere dieser Merkmale vor, sind genauere Untersuchungen nötig:

- ▶ Missbrauch der Schutzbedürftigkeit
- ▶ Täuschung
- ▶ Einschränkung der Bewegungsfreiheit
- ▶ Isolierung
- ▶ Physische und sexuelle Gewalt
- ▶ Einschüchterung und Drohungen
- ▶ Einbehaltung von Ausweispapieren
- ▶ Vorenthaltung von Löhnen
- ▶ Schuldknechtschaft
- ▶ Missbräuchliche Arbeits- und Lebensbedingungen
- ▶ Exzessive Überstunden

Quelle: ILO 2012

Zwangsarbeit kommt weltweit vor. Besonders gefährdet sind Frauen, Kinder, Minderheiten und Migrant\*innen. Ein großer Teil der Zwangsarbeit findet in der privaten Wirtschaft statt. Manchmal gibt es auch staatlich angeordnete Zwangsarbeit. Die Folgen sind immer schwer. In China leben zum Beispiel viele Angehörige der ethnischen Minderheit der Uygur\*innen. Die chinesische Regierung will, dass die Uygur\*innen ihre eigene Kultur und Selbstständigkeit aufgeben. Deshalb hat sie viele Uygur\*innen über längere Zeit in Umerziehungslager gesteckt und sie Zwangsarbeit leisten lassen.

**Die Zwangsarbeitsverordnung der EU setzt hier im europäischen Markt an.** Produkte, die mit Zwangsarbeit hergestellt wurden, sollen nicht im europäischen Markt gehandelt werden. Das heißt, sie dürfen hier nicht verkauft werden. Falls sie schon im Verkaufsregal gelandet sind, müssen sie entfernt werden. Die Idee ist klar: Wer von Zwangsarbeit profitiert, soll damit in Europa kein Geld verdienen können. **Es geht darum, den Handel mit Waren aus Zwangsarbeit zu stoppen.** Wenn Behörden den Verdacht haben, dass ein Produkt mit Zwangsarbeit verbunden ist, werden sie aktiv. Sie üben auch Druck



Zwangsarbeit hat viele Gesichter – und findet sich u.a. in ausbeuterischer Kinderarbeit.

auf Unternehmen aus, ihre Lieferketten besser zu prüfen. Gleichzeitig gibt es Herausforderungen. Ein Gesetz wirkt nur dann gut, wenn es richtig umgesetzt wird. Wenn Behörden zu wenig Personal haben oder zu langsam arbeiten, bleibt die Wirkung klein. Außerdem sind Lücken bei der Kontrolle gefährlich. Gerade bei sehr langen Lieferketten ist es schwer, den Ursprung eines Produkts sicher zu prüfen.

Ein weiteres Problem ist die Frage, wie Betroffene selbst geschützt werden. Ein Marktverbot schützt zwar vor weiteren Produkten aus Zwangsarbeit. Es hilft aber nicht automatisch den Menschen, die betroffen sind. Eine gute Verordnung gegen Zwangsarbeit braucht gute Wege für Hilfe, Aufklärung und Wiedergutmachung in Form von Zahlungen.

Die Verordnung ist vor allem deshalb wichtig, weil sie Zwangsarbeit nicht als kleines Problem behandelt. Sie sagt klar: **Zwangsarbeit gehört nicht in den europäischen Markt.** Das stärkt die politische Botschaft und kann Unternehmen zwingen, genauer hinzusehen.

## BEDEUTUNG DER VERORDNUNG GEGEN ZWANGSARBEIT

Zwangsarbeit bleibt oft versteckt. Sie kann in vielen Branchen vorkommen, zum Beispiel bei Kleidung, Rohstoffen, oder in der Landwirtschaft. Darum ist eine klare europäische Regel wichtig. Sie hilft, nicht nur einzelne Unternehmen, sondern ganze Märkte in den Blick zu nehmen. Die Botschaft ist einfach: Wenn in einem Produkt Zwangsarbeit steckt, soll es nicht verkauft werden. Das kann Unternehmen dazu bringen, ihre Beziehungen mit Lieferanten neu zu ordnen. Es kann auch helfen, dass Zwangsarbeit weniger lohnend wird. Doch ein Verbot allein wird nicht alle Ursachen beseitigen. Armut, Druck bei der Arbeit und schlechte Kontrollen bleiben wichtige Probleme.

# EUROPÄISCHE ENTWALDUNGSVERORDNUNG



Für die landwirtschaftliche Nutzung wird Wald gerodet, hier in Brasilien.

**Die EU-Entwaldungsverordnung richtet sich gegen Abholzung und Waldschädigung.** Bestimmte Produkte sollen nur noch dann auf dem europäischen Markt verkauft werden, wenn sie nicht mit Entwaldung verbunden sind. Das ist wichtig, da **90 % der weltweiten Entwaldung auf Grund der Produktion landwirtschaftlicher Produkte erfolgt.** Europa gehört dabei zu den größten Abnehmern dieser Erzeugnisse. Zu den Waren, für die Wälder abgeholzt werden und die unter das Gesetz fallen, gehören Holz, Rindfleisch, Soja, Kaffee, Kakao, Palmöl und Kautschuk.

Die Grundidee ist einfach: Wer ein solches Produkt in die EU bringt, soll zeigen können, woher die Rohstoffe stammen; beispielsweise von welchem Feld das Soja stammt oder von welcher Plantage das Palmöl kommt. So soll geklärt werden, ob dafür Wald gerodet oder abgebrannt worden ist. Damit eine europäische Beteiligung an Waldzerstörung verhindert wird, müssen die importierenden Unternehmen:

- ▶ die genaue Herkunft ihrer Produkte dokumentieren (Geolokalisierung);
- ▶ das Risiko für Entwaldung prüfen;
- ▶ in einem EU-System digital angeben, ob ihre Produkte die Regeln einhalten.

**Entwaldung ist nicht nur ein Umweltproblem. Von der Zerstörung sind auch Menschen betroffen.** Im Zuge von Entwaldung wird immer wieder Land geraubt, besonders das Land von indigenen Gemeinschaften und Kleinbäuer\*innen. Außerdem verlieren Menschen bei der Abholzung von Wäldern oft ihren Lebensraum, ihren Zugang zu Wasser und damit ihre Lebensgrundlage. Deshalb gehört die Entwaldungsverordnung auch in die Debatte um Menschenrechte. Der Waldverlust

treibt auch die Klimakrise voran. Gesunde Wälder dagegen mildern die Folgen der Erderhitzung ab, z.B. durch ihre Fähigkeit, lebenswichtiges Wasser zu speichern und durch Verdunstung abkühlend zu wirken. Umwelt und Menschenrechte hängen hier eng zusammen.

**Die Entwaldungsverordnung will außerdem mehr Transparenz schaffen.** Unternehmen müssen genauer wissen, wo ihre Ware herkommt. Sie müssen damit auch mehr Verantwortung übernehmen. Das ist ein großer Schritt, weil Entwaldung oft gerade durch undurchsichtige Handelswege möglich wird.

Einige warnen vor zu viel Aufwand für Unternehmen. Zivilgesellschaftliche Organisationen sagen jedoch, dass klare Regeln nötig sind, wenn Entwaldung ernsthaft gebremst werden soll. Ohne gesetzlichen Druck ändert sich in der Praxis zu wenig.

Ein großes Problem ist auch hier die Kontrolle. Eine Verordnung kann erst einmal gut klingen. Entscheidend ist aber, ob sie wirklich geprüft wird. Wenn Behörden die Herkunft von Waren nicht konsequent kontrollieren können, bleibt der Schutz schwach. Die Verordnung wirkt also nur dann, wenn sie konsequent durch die europäischen Mitgliedstaaten und ihre Behörden umgesetzt wird.

Das Gesetz gegen Entwaldung hat alle Länder in Risikogruppen eingeteilt. Nur sehr wenige Länder gelten als „hohes Risiko-Gebiet“, einige als „Standard-Risiko-Gebiet“ und alle anderen als „niedriges Risiko-Gebiet“. Ein Schwachpunkt dabei ist: Diese Einteilung ist zu allgemein. Wenn ein Land als „niedrig“ eingestuft wird, muss es viel weniger Nachweise erbringen. Dabei findet dort manchmal trotzdem Entwaldung statt. Das gilt beispielsweise auch für EU-Länder.

## BEDEUTUNG DER ENTWALDUNGSVERORDNUNG FÜR WÄLDER

Die EU-Entwaldungsverordnung ist wichtig, weil sie ein großes globales Problem direkt mit dem europäischen Markt verbindet. Viele Produkte für Europa entstehen auf Flächen, auf denen Wald gerodet wurde. Europa ist dadurch mitverantwortlich für die Entwaldung in diesen Regionen. Die Verordnung setzt genau dort an. Sie will verhindern, dass unser Konsum Entwaldung fördert. Das ist ein starkes Signal für mehr Umweltverantwortung. Gleichzeitig brauchen gute Umweltregeln Kontrolle, klare Zuständigkeiten und politischen Willen.

## WAS WICHTIG IST ...

**Schlechte Arbeitsbedingungen sind nicht einfach Zufall. Sie hängen oft mit dem Geschäftsmodell zusammen.**

**Für die Politik** ist es wichtig, Gesetze nicht nur zu beschließen, sondern auch durchzusetzen. Die zuständigen Behörden brauchen genug Personal, Geld und klare Befugnisse. Wenn Kontrolle fehlt, verlieren Gesetze ihre Wirkung.

**Unternehmen** sollen nicht nur auf die direkten Lieferanten schauen. Sie sollen menschenrechtliche Risiken in der ganzen Lieferkette prüfen. Dabei sollen sie nicht erst handeln, wenn eine Menschenrechtsverletzung oder ein Umweltschaden schon da ist. Unternehmen handeln dann verantwortlich, wenn sie früh nach potenziellen Missständen suchen, früh bei Arbeiter\*innen nachfragen und früh reagieren. Das gilt für Menschenrechte ebenso wie für Umweltfragen.

Ein Unternehmen muss für Beschwerden von Betroffenen aus ihrer Lieferkette erreichbar sein. Es muss die Beschwerden ernst nehmen, untersuchen und den Missstand abstellen. Es muss die Betroffenen vor Nachteilen, wie z.B. Kündigungen, schützen. Wenn ein Schaden entstanden ist, muss

das Unternehmen ihn wiedergutmachen. Ohne spürbare Abhilfe bleiben viele Rechte schwach.

Die **Zivilgesellschaft** hat eine wichtige Rolle: Gewerkschaften, Nicht-Regierungs-Organisationen und andere Gruppen können Missstände sichtbar machen. Sie können Betroffene unterstützen und politischen Druck aufbauen. Gerade bei Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, die außerhalb von Europa passieren, ist Öffentlichkeit sehr wichtig. Ohne Öffentlichkeit bleiben viele Probleme unsichtbar.

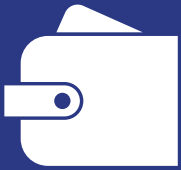
Auch **Verbraucher\*innen** sind indirekt wichtig. Sie können öffentliche Debatten unterstützen und nach fairen Regeln fragen. Der Schutz von Menschenrechten in Lieferketten ist kein Nischenthema. Er hat Auswirkungen auf das Leben unzähliger Menschen.

Am Ende ist die **wichtigste Empfehlung: Regeln müssen ernst genommen werden. Sie müssen in den Alltag von Unternehmen einfließen – und damit Betroffene schützen.** Und sie müssen dazu beitragen, dass Produkte in Europa nicht auf Ausbeutung, Zwangsarbeit oder Zerstörung der Umwelt beruhen. ♦



Sitzung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen

**MENSCHENRECHTE ENDEN NICHT  
AN EUROPAS GRENZEN.**



**WER GEWINNE MACHT,  
TRÄGT VERANTWORTUNG – WELTWEIT.**

**EUROPÄISCHER KONSUM DARF  
MENSCHENRECHTE UND DIE NATUR  
NICHT VERLETZEN.**



**GLOBALER HANDEL  
BRAUCHT GLOBALE REGELN.**

**FREIWillIGKEIT REICHT NICHT.  
MENSCHENRECHTE BRAUCHEN GESETZE.**



**Spendenaufruf  
SÜDWIND**

**Der QR-Code führt Dich zur Studie  
„Ringens um Menschenrechte“**



#### LITERATUR

Die Kurzstudie beruht auf der ausführlichen Studie „Das Ringens um Menschenrechte und Umweltschutz. Europas umkämpfte Regulierung von Lieferketten“. Die Studie kann [hier](#) abgerufen werden.

#### FÖRDERER

Gefördert durch  
ENGAGEMENT GLOBAL  
mit Mitteln des



und der

#### IMPRESSUM

Bonn, Juni 2026

**HERAUSGEBER:**  
SÜDWIND e.V.  
Kaiserstraße 201,  
53113 Bonn  
Tel.: +49(0)228-763698-0  
info@suedwind-institut.de  
www.suedwind-institut.de

V.i.S.d.P.: Dr. Ulrike Dufner  
Für den Inhalt dieser Publikation ist allein SÜDWIND verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

#### BANKVERBINDUNG SÜDWIND:

KD-Bank: IBAN:  
DE45 3506 0190 0000 9988 77  
BIC: GENODED1DKD

#### AUTORIN: Maïke Adams

**REDAKTION UND LEKTORAT:**  
Nina Giaramita,  
Sabine Ferenschild

**GESTALTUNG:**  
twotype design, Hamburg

**DRUCK UND VERARBEITUNG:**  
Brandt GmbH, Bonn  
Gedruckt auf Recycling-Papier

#### Kurzstudie

Der Kampf um  
Menschenrechte und  
Umweltschutz  
2026-17

